

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

130 (7.6.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2jähr. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzangelegen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

U-Boote an der nordamerikanischen Küste.

Amsterdam, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung aus New-York wird angenommen, daß etwa 15 amerikanische Schiffe, darunter zwei Dampfer, von U-Booten an der nordatlantischen Küste seit dem 25. Mai versenkt worden sind. Der Dampfer „Carolina“ meldete am Abend des 2. Juni durch Funkpruch, daß er von einem U-Boot angegriffen und beschossen wurde und daß die Fahrgäste in die Boote gingen. Die „Carolina“ hatte 220 Fahrgäste und 120 Mann Besatzung an Bord, von denen 58 Personen vermißt werden, einschließlich von 16 Personen die durch das Kentern eines Bootes ertranken. Der Kapitän des Schoners „Edward S. Cole“ berichtet, daß sein Schiff am Sonntag von einem etwa 200 Fuß langen U-Boot angegriffen wurde. Die Besatzung von „Cole“ wurde von einem amerikanischen Hilfskreuzer aufgenommen, das von dem U-Boot verfolgt wurde, aber einen Hafen erreichen konnte.

Washington, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Reuters. Das Flottendepartement hat die amtliche Nachricht erhalten, daß an der amerikanischen Küste ein Dampfer und drei amerikanische Schoner von U-Booten versenkt worden sind. Berichte aus New-York besagen, daß bei den Versenkungen zwei U-Boote beteiligt gewesen und die Schiffe wahrscheinlich an der Küste von New-England und New-Yersey verloren gegangen sind.

New-York, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Der Marineattaché Daniels gab gestern abend zu, daß der Segler „Edna“, der in der Gegend von Kap Delaware treibend angetroffen worden war und am 27. Mai nach Lewis geschleppt wurde, einem U-Boot zum Opfer gefallen ist. Es ist merkwürdig, daß die U-Boote ihre Torpedos sparen und die versenkten Schiffe durch Bomben zu versenken suchen, nachdem die Benennung in die Boote gegangen war. Die U-Boote, die die Küste an verschiedenen Stellen erreichten, glauben nicht alle, daß sie von demselben Boot vernichtet worden sind, das seit dem letzten Monat bei New-Yersey in der Richtung auf Cap Delaware auf der Lauer lau. Aus den Berichten geht hervor, daß die Benennungen Gelegenheit hatten, zu erntommen oder an Bord des U-Bootes genommen wurden und dort in einigen Fällen acht Tage gefangen blieben, bis sie von einem vorübergehenden Schiff aufgenommen werden konnten. Wie von maßgebender Stelle verlautet, sind Angriffe in der Nähe der Küste nicht unternommen worden. Man ist sehr beirrt um das Los der 350 Personen an Bord der „Carolina“. Es wird zwar behauptet, daß ein Segler 300 Meilen von der „Carolina“ aufgenommen habe, sowie daß zwei Boote mit Ueberlebenden in einem atlantischen Hafen angekommen seien. Es besteht aber in New-York zurzeit über diese Dinge noch keine volle Sicherheit.

New-York, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Reuters. Zum U-Bootangriff wird noch gemeldet, daß 58 Personen umgekommen und vermißt worden sind. Aus Lewis wird berichtet, daß 16 von 35 Personen, die die „Carolina“ in einem Motorboot verließen, dadurch ertranken, daß das Boot umschlug.

New-York, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Aus den letzten Nachrichten geht hervor, daß drei Schoner versenkt wurden. Conch Island und andere Stationen der Küste innerhalb des Stadtgebietes haben infolge eines Besuchs, der nach Beratung mit den Militärbehörden erlassen wurde, ihre Feuer gelöscht.

Die „Tegel“, mit einer Ladung von Portorico nach New-York unterwegs, wurde am Sonntag 60 Meilen von der Küste entfernt, versenkt. Die 36 Mann starke Besatzung wurde ihren eigenen Hilfsmitteln ohne Nahrung und Wasser überlassen. Sie wurden später von einem Küstenwachschiff aufgenommen und in Atlantic City gelandet.

Amsterdam, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Der südafrikanische Postdampfer „Kenilworth Castle“, auf der Heimfahrt mit über 200 Fahrgästen, hat in beschädigtem Zustand den Hafen erreicht. Er war infolge zweier Explosionen beschädigt worden, die nach einem Zusammenstoß bei Nacht erfolgten. Einige Personen wurden durch die Explosion getötet, andere ertranken durch das Umschlagen eines Rettungsbootes, als es zu Wasser gelassen wurde.

New-York, 6. Juni. (Nicht amtlich.) „New-York Times“ schreiben: Die Deutschen hätten keinen sichereren Weg Weg wählen können, die Kriegsstimmung der Amerikaner anzufachen, als durch ihre U-Bootangriffe an der Küste der Vereinigten Staaten.

Rotterdam, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge meldet „Daily News“ aus Washington vom Montag, daß die Schiffahrtsversicherungen infolge der U-Bootangriffe die Versicherungsprämien von 1 auf 2 Prozent erhöhten. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß die staatliche Versicherungsprämien nicht geändert werden würden, da die Regierung kein übereiltes Urteil über den Ernst der Lage für die Schiffahrt fällen wolle. — „Daily Mail“ meldet aus New-York vom Dienstag: Die Versenkungen hätten den Geldmarkt

zwar zeitweilig beeinflusst, vor allem die Marinewerte, aber sie hätten keinen allgemeinen ungünstigen Einfluß ausgeübt.

Amsterdam, 7. Juni. (Nicht amtlich.) „Central News“ melden aus Washington, daß der Marineattaché auch die Schließung von Boston, Philadelphia und anderen an der Atlantischen Küste gelegenen Häfen angeordnet habe.

London, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Die Wälder melden aus New-York, daß der New-Yorker Hafen wegen der U-Bootgefahr geschlossen worden ist.

Washington, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Der norwegische Dampfer „Edsboia“ wurde am Dienstag von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Berlin, 6. Juni. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ erinnert daran, daß schon vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ein deutsches U-Boot die amerikanischen Schiffe versenkt habe, allerdings in friedlicher Absicht. Es handelte sich damals um die Auslieferung eines Aufrages, dem deutschen Botschafter dienstliche Weisungen, an dem Präsidenten Wilson ein Dankschreiben des Kaisers zu übermitteln, als jener sich für die polnischen Hilfsbedürftigen interessiert hatte. „11 53“ blieb damals nur zwei Stunden in dem amerikanischen Hafen, ohne Proviant und Kohlen einzunehmen, was es hätte beanspruchen können. Nichtsdestoweniger protestierte England und forderte von Amerika in künftigen Fällen die Zurückhaltung von U-Booten. Die Regierung von Washington lehnte diese Forderung damals ab, was sie tun konnte, da das deutsche U-Boot nur das Gastrecht und keine Unterstüzung in dem amerikanischen Hafen in Anspruch genommen hatte. Die Verurteilung, die damals das Erscheinen von „11 53“ in Amerika herbeigerufen hatte, mutete fast komisch an. In der Woche in New-York traten enorme Kursverluste ein. Auch jetzt werden ähnliche Panikererregungen gemeldet.

Jetzt gilt der Versuch dem Feinde. Es ist die erste größere, und offenbar stammnähige Aktion, die unser U-Bootkrieg gegen Kriegsverlängerer im fernem Osten unternimmt. Es liegt nahe, an eine besondere Verbindung dieser Faktionen mit dem Landkrieg in Europa zu denken. Die europäischen Westmächte rufen, seit ihnen in Frankreich das Weser an der Weste liegt, immer lauter nach der amerikanischen Hilfe. Die amerikanischen Transportschiffe auf offener See oder im Bereiche der europäischen Gewässer unmöglich zu machen, ist nicht immer leicht; ausstichvoller ist dies in der Nähe der Atlantischen Häfen. Zu diesem Werke wünscht das ganze deutsche Volk seinen Seelenten Glück und vollen Erfolg.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird gesagt, Berechnungen darüber anzustellen, wie diese oder jene kriegerische Maßnahme auf die amerikanische Mentalität wirken könnte, wäre ganz gegenstandslos, ganz besonders, nachdem die Vereinigten Staaten nach den Erklärungen ihres Präsidenten und nach ihren Leistungen die Karole ausgegeben haben: Gewalt und immer wieder Gewalt!

Deutscher Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Arbeitsfähigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgehecke Gefangene ein.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Vertikale Kampfschlachten westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und am Sabieres-Grund brachten wir uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem zerstörerischer Feuer der Franzosen.

Die Beute der Seeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen:

mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone zum Absturz gebracht.

Hauptmann Berthold und Leutnant Wenckhoff erangen ihren 31., Leutnant Bönenhardt seinen 27., Leutnant Udet seinen 26., Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Luftsieg.

Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorff

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 6. Juni, abends. An der Schlachtfront örtliche Kämpfe nordwestlich Chateau-Thierry und an der Ardre.

Das bisherige Ergebnis der deutschen Offensive.

Berlin, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Der große Sieg der deutschen Kronprinz-Armee zwischen Aisne und Marne hat wiederum einen bedeutenden Teil der feindlichen Streitkräfte und Kampfmittel vermindert. Der bereits gemeldeten Gefangenenzahl von über 55 000 sind die schwereren Verluste der Franzosen an Toten und Verwundeten und an Vermissten binanzurechnen.

Bereits im März mußte das französische Heer infolge des Zurückweichens der Engländer beiderseits der Somme starke Teile der bereitgestellten hochschienen Manöverarmee einsetzen, die mit in die schwere britische Niederlage hineingerissen wurden. Als in Flandern die englische Lage erneut aufs ernsteste bedroht wurde, sah sich der Entente generalissimus zum zweiten Mal gezwungen, auch dort starke Giffsträfte abzugeben. Im Verlaufe der Kämpfe an der Nordfront legte er allein 18 französische Divisionen zum Entsch der Engländer in Flandern an und stellte weitere Kräfte dort in Reserve bereit. Die verlustreichen Kämpfe im Kemmel-Gebiet erhöhten dann die blutigen Verluste der Franzosen ganz außerordentlich.

Die Schlacht zwischen der Aisne und der Marne mit ihren täglichen Fortschritten rief aufs neue die schon stark gelichteten hochschienen Reserven auseinander. Sie zwang General Foch zum abermaligen überhasteten Einatz seiner Divisionen an der von der deutschen Führung gewollten Stelle. Damit sind wiederum erhebliche französische Streitkräfte gefunden, ein Umstand, der den Entente Führern der operativen Fronten herabsetzt. Die hochschienen Manöverarmee der Entente, an die die höchsten Erwartungen des Feindes sich knüpften, besteht als solche nicht mehr. Die Einbuße des Feindes an Kampfmitteln in der Schlacht zwischen Aisne und Marne, die große Zahl der erbeuteten Geschütze, Maschinengewehre und andere Waffen, der Verlust des gesamten eingebauten Materials auf der ausgedehnten Kampffront, der Verlust ferner von 5 umfangreichen Pionierdepots, von Barackenlagern und sieben großen, mit allen Bedürfnissen ausgerüsteten Kasernen, der Ausfall vieler Fabriken und Werkstätten verschiedenster Art, Eisenbahnwagen, Maschinen, Pflanzmaschinen und dergl., die zum größten Teil bereits deutschen Armeen dienen, trifft die feindliche Kriegsführung auf das empfindlichste. Erhöht wird die Bedeutung der schweren französischen Niederlage durch den Verlust von weit über 3000 km zum Teil fruchtbarsten Geländes mit bedeutungsvollen strategischen Punkten. Von tief einschneidender Bedeutung ist die Ausschaltung wichtiger Eisenbahnlinien für die Verbindung der Entente Streitkräfte, sowie für die Versorgung des gesamten französischen Landes und Heeres.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 6. Juni. (Nicht amtlich.) An der Tiroler- und Piavefront andauernde Artilleriekämpfe.

Neue Versenkungen.

Berlin, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Das von dem bewährten U-Bootkommandanten Oberleutnant z. S. Lofe beschlagnahmte Boot vernichtete im Kanal neuerdings fünf Dampfer und drei französische Fischereifahrzeuge mit über 28 000 B.M.Z. Unter den versenkten Dampfern befanden sich der englische Hilfskreuzer „Moldavia“, 9500 Tonnen, sowie ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Tonnen, die beide aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurden. Namentlich festgesetzt wurden ferner noch der bewaffnete englische Tiefbeladene Dampfer „War Rafter“ (5875 Tonnen) und der französische Fischkutter „Petit Georges“, „Souverende“, „St. Maria“ und „Josef Simon“.

Die Entente und Polen.

Paris, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Amtlich. Bei einer am 3. Juni in Versailles abgehaltenen Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der drei alliierten Länder Frankreich, Großbritannien und Italien wurde Einverständnis über die Abgabe folgender Erklärungen erzielt: Polen: Die Schaffung eines einzigen unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meere stellt eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden und für die Herrschaft des Rechtes in Europa dar. Tschecho-Slowaken und Südlawen: Die alliierten Regierungen haben mit Genugtuung Kenntnis von der durch den Staatssekretär der Vereinigten Staaten abgegebenen Erklärung genommen und sie haben den Wunsch, sich ihr anzuschließen, wobei sie ihre lebhafteste Sympathie für die freiwirtschaftlichen Bestrebungen der Tschecho-Slowaken und der südlawischen Völker ausdrücken.

Reichstags-Erfahrungswahl.

Deuthen i. Oberschl., 6. Juni. (Nicht amtlich.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Kreise Dypeln 4. Lublin-Losk Weidlich für den verstorbenen Zentrumskandidaten, Barlo wurden bisher gewählt für den Abg. Korfanty (Pole) 13 760 Stimmen, für den Reichsanwalt Rehlert (Zentr.) 3347 Stimmen. Einige Wahlergebnisse stehen noch aus, die aber an der Wahl des Abg. Korfanty nichts ändern.

*Danach hätte das Zentrum in dem 7. Wahlkreis eine vernünftige Niederlage erlitten. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 erhielt der Zentrumskandidat, der Prof. Oberlandmeyer Barlo, 10 827 Stimmen und der Pole 10 912 Stimmen. In der Stichwahl siegte Barlo gegen den Polen mit 14 109 gegen 13 892 Stimmen. Die Verhältnisse haben sich als vollkommen verschoben. Korfanty, der Herausgeber des „Kurat“ (Polen), hat in der vorhergehenden Legislaturperiode 1907/12 den Kreis im Reichstag vertreten. Er wurde 1907 mit 27 002 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt.

Soldatenfragen im badischen Landtag.

Auf Erfragen hat uns der Abg. Gen. Strobel seine Rede, die er über die Beurteilung von Soldaten, über die Mängel der Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgung, sowie über die Behandlung der Angehörigen des Reservelegarett Trüberg hielt, zur Verfügung gestellt. Viele Betroffene wünschen den Wortlaut der Strobel'schen Rede kennen zu lernen. Soweit dieselbe sich auf die Behandlung der Verwundeten im Reservelegarett Trüberg bezieht, gibt sie wirklich keine Veranlassung in Erinnerung zu machen, wie das vom Herrn Staatsminister geschah. Was Strobel sagte, entspricht den Tatsachen. Die methodische Behandlung in Trüberg ist sehr ansehnlich, ebenso die damit angeblich erzielten Heilerfolge. So schreibt uns ein dort untergebracht gewesener Kriegsbeschädigter: „Die Strombehandlungen sind so grausam, daß ein jeder sagt, er spüre von seinem Leiden nichts mehr.“ Dieses ist es, was viele erklären läßt, sie fühlen sich gesund. Wenn Strobel, was für ihn die Hauptsache war, sich gegen die Verschuldung der Nervenleidenden durch das Sanitätsamt als „unmoralische und minderwertige Persönlichkeiten“ wandte, so hat er sich damit den Dank Tausender Kriegsbeschädigten erworben. Die Kriegsbeschädigten, auch falls sie nervenleidend sind, sind keine minderwertigen Persönlichkeiten, sondern haben sich im harten Kriegsdienst ihr Leiden zugezogen. Solche vom Sanitätsamt beliebige Bewertung der Kriegsbeschädigten gibt der Annahme Raum, als handle es sich nach dem Grundsatz: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Nach sehr viel siehe sich zu diesem Kapitel sagen, doch die Kriegszeit verriet uns das. Zu gegebener Zeit soll das nachgeholt werden. Im Uebrigen kann jeder Leser sich ein Urteil selbst bilden. Daß dies für die Rede des Gen. Strobel günstig und der Gegenrede des Herrn Staatsministers ungünstig ist, sind wir gewiß.

Abg. Strobel (Soz.) führte aus: Die heute hier vorgetragenen Klagen wegen schlechter Beurteilung von Landwirten, soweit sie in preussischen Truppenteilen sind, betreffen auch die badischen Handwerker und die städtische Arbeiterchaft. Dieser Mißstand ist darauf zurückzuführen, daß unsere Staatsangehörigen weit verteilt in preussischen Truppenteilen untergebracht sind. Dort kommen erst die preussischen Staatsangehörigen und in letzter Linie dürfen dann auch die Badener einmal in Urlaub fahren. (Sehr richtig!) Es ist Aufgabe der Regierung, hier mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die badischen Landesinhaber nicht als Personen minderen Rechts behandelt werden, daß sie nicht hinter den preussischen Staatsangehörigen zurückbleiben müssen. Diese Klagen sind allgemein, sie betreffen Land und Stadt gleichmäßig. Abhilfe scheint hier dringend notwendig.

Dann will ich noch zwei andere Fragen besprechen. Es handelt sich um die Mannschafts- und Militärhinterbliebenenversorgung. Für die Kriegsbeschädigten zu sorgen, ist eine der höchsten Aufgaben. Das Mannschaftsversorgungsgesetz und das Militärhinterbliebenengesetz ist in einer Zeit entstanden, die es verständlich erscheinen läßt, daß die Bestimmungen des Gesetzes den heutigen Verhältnissen keineswegs gerecht werden und auch nicht gerecht werden können. Dies wurde in der Kommission offen ausgesprochen. Es handelt sich hier um eine reichsweite Angelegenheit, und die Groß. Bad. Regierung wird sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie mit Nachdruck auf eine Erneuerung dieser Gesetze hinwirkt und eine Anpassung an die heutige Zeit anstrebt. Wir können heute nicht alle Einzelheiten und Mängel dieser Gesetze besprechen; ich will nur auf ein Unrecht hinweisen, welches draußen berechtigter Verstimmlung hervorruft. Es handelt sich nämlich um die Nichtanerkennung einer Dienstbeschädigung bei solchen Soldaten, die im Heeresdienst erkrankten und zwar an einer Krankheit, die sie früher schon einmal hatten. Diese Leute werden eingezogen, vorher mehrfach ärztlich untersucht und werden als diensttauglich zum Heeresdienst beordert. Wird ärztlicherseits die Militärtauglichkeit festgestellt, dann muß auch der Mann gesund sein. Und wenn er dann im Heeresdienst erkrankt, darf eine frühere Krankheit nicht maßgebend sein, ob eine Dienstbeschädigung anzuerkennen ist oder nicht. Der heutige Zustand fördert nicht den Geist, der nötig ist, um sein Lehtes hinzugeben, bei

denen, welche kräftlich sind und die militärischen Strapazen hohe Anforderungen an sie stellen, durch welche sehr leicht eine Erkrankung eintreten kann. Rentenansprüche werden dann nicht anerkannt, sondern seine Krankheit wird als Folge einer früheren behandelt. Dieses Unrecht müßte noch während des Krieges beseitigt werden, denn die gesundheitlichen Ansprüche an die Militärtauglichkeit werden von Woche zu Woche herabgemindert, weil der Bedarf an Militärtauglichen immer größer wird. Somit ist die Gefahr eine sehr große, daß die Leute in dem Ausmarsch schwer beeinträchtigt werden. Wer bei militärischer Dienstleistung erkrankt, dem ist auch Dienstbeschädigung zuzuerkennen. Möge die Regierung auf recht baldige Besserung hinarbeiten.

Dann ist in der Kommission eingehend und zwar nicht nur von einer Seite, sondern von allen Seiten Besprechung geführt worden über das Reservelegarett Trüberg. Die Art der dort betriebenen Behandlung ist allgemein als unbefriedigend bezeichnet worden; sie löst große Mißstimmung aus. Die Starkstrombehandlung beginnt morgens, man wiederholt sie sehr häufig; dann belastet man die Leute mit übergebührenden Arbeiten, so daß an eine Erholung der Betroffenen, die besteht kommen, nicht zu denken ist. Die Leute werden dort meistens untergebracht, um ihre Renten festgesetzt zu erhalten. Aber jeder sagt sich heute schon: Nur nicht nach Trüberg, lieber auf jeden Rentenanspruch verzichten! (Hört, hört!) Sie gehen in die Betriebe hinein, nehmen eine beliebige Arbeit an, um ja nicht nach Trüberg zu kommen. Das sind meistens Leute, welche in den vorherigen Gräben dem Feinde gegenüberstanden und mit guter Gesundheit hinausgingen zur Verteilung der Heimat. Was hat nun auf diese Beschwerte hin das Sanitätsamt des 14. Armeekorps geantwortet: Es heißt in der Antwort u. a.: „Weiterhin aber in dem Wesen der Inzassen, die sich in zunehmendem Maße aus moralisch minderwertigen Persönlichkeiten zusammensetzen und zu Liebertreibungen und freien Erfindungen gern geneigt sind. Die Tatsache, daß über 50 Prozent der Inzassen der Nervenlegarett gerichtlich, zum Teil häufig und ernstlich vorbestraft sind und vielfach militärisch gar nichts geleistet haben, macht es erklärlich, daß die Aufrechterhaltung von Justiz und Ordnung ohne Strenge militärische Maßnahmen undurchführbar ist und daß natügemäß weit mehr Strafen ausgesprochen werden müssen, als in anderen Legarett.“

Das ist eine Art der Beurteilung der dort Heilung und Erholung Suchenden, die sie wahrlich nicht verdient haben. (Sehr richtig!) Sie werden als minderwertige Persönlichkeiten hingestellt. Ich sagte vorhin schon, die Leute sind mit guter Gesundheit hinausgezogen, ihre Gesundheit wurde vor dem Feinde erschüttert und haben sich im Kriegsdienst manches Leiden zugezogen. Mißsin ist eine derartige Beurteilung eine Verleumdung unserer Feldherren im allgemeinen. (Sehr richtig!) Wenn wirklich einmal einer darunter sein sollte, der sich brühen wollte und dergleichen, dann darf derartige nicht verallgemeinert werden. Ich meine, es muß auch hier Aufgabe der Groß. Regierung sein, dem Sanitätsamt nahelegen, daß durch eine solche Beurteilung die vaterländische Stimmung nicht gehoben wird, sondern daß sie Mißstimmung auslöst und die Stimmung eine betrübliche werden wird. Unsere Feldherren haben es, wenn sie Soldaten an ihrer Gesundheit erlitten haben, verdient, geheilt zu werden und Erholung zu finden, und dann muß man sie auch entsprechend behandeln. Es handelt sich hier um Nervenleidende und bei einem Nervenleidenden ist die Anwendung der militärischen Zwangs- und Machtmittel nicht am Platze. Hier gilt es mit guten Worten, mit gutem Zureden auf die Leute einzuwirken und ein gutes Wort dürfte bei diesen stets Gehör finden. Dieses Versehen sollte auch im Legarett Trüberg seinen Einzug halten. Wenn das geschieht, werden die Klagen, die in der Kommission vorgebracht worden sind, und sich über das ganze Land erstrecken, beruhen. Mögen die heutigen Ausführungen dazu beitragen, daß die Behandlung der Kranken in Trüberg eine andere wird. Das Sanitätsamt müßte sich den beanstandeten Satz in seiner Antwort noch einmal überlegen, ob das harte Urteil aufrecht zu erhalten ist. Eine Milderung dieses Urteils würde wesentlich zur Hebung der Stimmung beitragen, welche wir in der gegenwärtigen Zeit brauchen. Es ist alles zu vermeiden, was den guten Geist unserer Soldaten beeinträchtigen könnte. Mögen meine Ausführungen dazu beitragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Entgegnung des Staatsministers, der die Ausführungen des Genossen Strobel zu widerlegen versuchte, führte dieser in einer persönlichen Bemerkung noch aus:

Meine Darlegungen sind als Liebertreibungen bezeichnet worden. Ich muß an dem, was ich gesagt habe, festhalten. Meine Anschuldigungen und meine Ausführungen richten sich gegen die Antwort des Sanitätsamtes, in der man die Legarettinzassen in Trüberg vielfach als moralisch minderwertige Persönlichkeiten bezeichnete. Meine Informationen rühren in allen Fällen von Leuten her, die weder in ihrem Zivil- noch in ihrem Militärleben bestraft sind, die dagegen an der Front ihre Pflicht jahrelang erfüllt haben.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Finanzminister. Wie die „B. Z.“ hört, werden die Finanzminister der Einzelstaaten zwischen dem 8. und 12. Juni noch einmal unter dem Vorsitz des Reichshauptkassierers Grafen Rüdern eine Besprechung abhalten, um endgültig zur Besteuerungsfrage Stellung zu nehmen. Sie werden die äußerste Grenze festlegen, bis zu der die Einzelstaaten einer Betätigung direkter Steuern für das Reich zustimmen können. Es besteht wenig Aussicht, daß die Bundesstaaten eine Bestimmung des Einkommens für das Reich aufzugeben werden.

Die Opferwilligkeit. Die Generalversammlung der Alier Güte fand unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Justizrat Wilhelm Meyer diesjährig am 28. Mai statt. Meyer verlangte mit großem Nachdruck den sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft nach dem Kriege, damit der einzelne „tüchtige Mann“ besser den Platz finden könne, auf dem er erfolgreich zu wirken vermöchte und forderte leidenschaftlich Fortsetzung des Krieges bis zur Annexion von Longwy und Brieg. Bis dahin hieße es, ohne Murren die großen Opfer zu tragen, die auch denen in der Heimat auferlegt seien.

In diesem patriotischen Opfervillen war sich die Aktionärversammlung einig. Sie setzte daher die Dividende auf 36 Prozent fest und ist entschlossen, dieses große Kriegsoffer nötigenfalls noch eine ganze Reihe von Jahren hindurch zu tragen.

Kann ist der Krieg zu Ende? Die Nummer 15 des Jahrgangs 1918 der Preussischen Gesetzesammlung enthält die Veröffentlichung des Gesetzes über die Form der Auflassung eines Grundstücks und die Bestellung oder Uebertragung eines Erbbaurechts. Das Gesetz tritt zwei Jahre nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges außer Kraft. Der § 2 des Gesetzes lautet:

Der Zeitpunkt der Beendigung des Krieges wird durch königliche Verordnung bestimmt.

Es ist nur natürlich, so schreibt das „Berl. Tagebl.“, dem wir diese Zeilen entnehmen, daß in dem Obriktatsstaat Preußen das Ende des Krieges durch eine königliche Verordnung festgemittelt wird. Die Untertanen brauchen sich also nicht weiter in langen Stunden den Kopf darüber zu zerbrechen, wann das furchtsche Völkerringen sein Ende nehmen wird. Von der hohen Behörde wird ihnen schon rechtzeitig die verbesserte königliche Verordnung zugehen. Bis dahin heißt es, sich in Geduld zu fassen.

Wir vermuten allerdings, daß das Gesetz nur hatte sagen wollen: „Wann der Krieg im Sinne des vorliegenden Gesetzes als beendet anzusehen ist, wird durch königliche Verordnung bestimmt.“

Die Fortbildungsschule in Preußen. Ein freikonfessioneller Antrag will die preussische Regierung ersuchen, bald nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß die allgemeine Pflichtfortbildungsschule mit staatsbürgerlichem Unterricht für alle jungen Leute bis zum vollendeten 17. Lebensjahre eingeführt wird, sowie, daß die Einrichtungs für die militärische Vorbildung der Jugend (Jugendkompagnien) überall als Zwangseinrichtung für das Alter vom 16. bis zum 20. Lebensjahre durchgeführt wird.

Tarab Bulba.

Von Nikolaus Bogol.

(Fortsetzung.)

Schnell lief er zu dem Wagen heran und steckte sich mehrere große schwarze Brote unter den Arm; aber da ergriß ihn ein Zweifel, ob diese Nahrung, die wohl für einen kräftigen, nicht sehr wählerischen Saporoger genügen mochte, für ein so gartes Wesen wie sie nicht zu grob und zu schwer sein würde. Er erinnerte sich, daß der Heilmann die Kofaken, denen die Bereitung des Breies oblag, noch gestern ausgehollten hatte, weil sie das ganze Buchweizenmehl verbraucht hatten, obwohl es für drei Mahlzeiten ausgereicht hätte. Jetzt davon überzeugt, daß er noch genügend Brei finden würde, holte er den Feldkessel seines Vaters hervor und ging damit zum Koch seiner Abteilung, der zwischen zwei Kesseln schlief, die wohl zehn Eimer fassen mochten und unter denen noch die Hühner glühten. Als er in die Kessel hineinsah, sah er zu seinem Erstaunen, daß beide leer waren. Die Kofaken mußten geradezu unmenschliche Kräfte entwickelt haben, um alles aufzessen, zumal seine Abteilung weniger Krieger zählte als die andere. Er blickte auch in die Kessel der anderen Abteilungen hinein, es war alles leer. Unwillkürlich fiel ihm das Sprichwort ein: „Die Saporoger sind wie Kinder: ist wenig da, so begnügen sie sich mit wenig, ist viel da, so lassen sie nichts übrig.“ Uebrigens mußte sich im Wagen seines Vaters noch ein Sack mit Weißbrot befinden, den man bei der Plünderung der Klosterküche entdeckt hatte. Er ging geradewegs zum väterlichen Wagen, aber er fand den Sack nicht mehr vor. Ostap hatte ihn sich unter den Kopf gelegt und schnarchte, auf der Erde ausgestreckt, so laut, daß es durch das ganze Feld schallte. Andrij ergriff den Sack mit einer Hand und riß ihn unter Ostaps Kopf hervor, jedoch dieser auf den Boden sank. Ostap fuhr schlaftrunken auf und schrie mit geschlossenen Augen aus voller Kehle: „Greift, greift den verfluchten Polen, greift ihn, sonst doch sein Pferd, sonst sein Pferd!“ „Salt den Mund, sonst schlag ich dich tot.“ rief Andrij voller Schrecken und wollte mit dem Sack dreinschlagen. Aber Ostap war ohnehin schon erschrocken und schnarchte so laut, daß sich das Gras

auf dem er schlief, unter seinen Atemzügen hin- und herbewegte. Andrij sah sich schon nach allen Seiten um, um sich darüber zu vergewissern, ob nicht Ostaps Geschrei einen von den Kofaken aufgeweckt hätte. In dem benachbarten Lager hatte sich in der Tat ein gottiger Kopf aufgerichtet und sah sich um, sank jedoch gleich wieder zu Boden. Andrij wartete noch zwei Minuten und zog dann mit seiner Last ab. Die Tatarin lag noch immer mit frampfhaft angehaltenem Atem auf dem Wagen.

„Steh auf, komm! Alle schlafen, fürchte dich nicht! Kommt du vielleicht eines von diesen Broten tragen, wenn ich keinen Platz für sie alle finden sollte?“ Mit diesen Worten lud er sich die Säcke auf den Rücken, nahm, als sie an einem Wagen vorbeigingen, nach einem Sack mit Hirse mit, ergriff selbst die Brote, die er der Tatarin zum Tragen geben wollte und schritt dann, von seiner Last ein wenig zusammengebeugt, mutig durch die Reihen der schlafenden Saporoger hindurch.

„Andrij!“ rief der alte Bulba in dem Augenblick, als der Sohn an ihm vorbeikam. Sein Herz stockte, er blieb stehen und fragte zitternd: „Was willst du?“

„Du hast ein Weib bei dir! Wenn ich aufstehe, prügle ich dich durch, so groß du bist. Die Weiber führen einen nie zum Guten!“

Und mit diesen Worten stützte er den Kopf in die Hand und betrachtete aufmerksam die in ihr Tuch eingehüllte Tatarin.

Andrij stand mehr tot wie lebendig daneben. Er hatte nicht den Mut, seinem Vater ins Gesicht zu blicken. Doch als er endlich die Augen zu erheben wagte und ihn anah, hatte der alte Bulba wieder den Kopf auf die Hand gestützt und schlief.

Andrij schlug ein Kreuz. Der Schrecken wich ebenso schnell aus seinem Herzen, wie er gekommen war. Als er sich nach der Tatarin umwandte, sah er sie in ihr schwarzes Tuch gehüllt, unbeweglich wie eine Granitssäule vor sich stehen, und der Widerschein der fernen Feuersbrunst spiegelte sich in ihren Augen, die starr waren wie die einer Toten. Er zwupfte sie am Ärmel und beide gingen, sich unablässig umschauend, zusammen vorwärts, bis sie endlich an einem Berggang vorbei in ein tiefes Tal oder an eine Böschung gelangten, auf deren

Gründe sich ein Flußchen träge dahinschlängelte; das Tal war mit Niedgras bewachsen und mit zahlreichen kleinen Erdbügeln überfakt. Nachdem sie die Schlucht betreten hatten, konnten sie von dem Feld aus, auf dem die Saporoger lagerten, nicht mehr gesehen werden. Wenigstens sah Andrij, als er sich umwandte, die abschüssige Böschung hinter ihm gleich einer steilen Wand fast manneshoch erheben. Auf der Höhe schaukelten einige große Feldblumen hin und her, und über ihnen stieg der Mond schräg gleich einer Eichel aus gemühtem Golde am Himmel empor. Ein leichter aus der Steppe herabwehender Wind ließ vermuten, daß es nicht mehr lange bis Tagesanbruch sei. Aber nirgends ertönte ein ferner Gahnschrei: es gab schon seit langer Zeit weder in der Stadt noch in der ausgeplünderten Umgebung einen Gahn mehr.

Auf einem schmalen Brett überdritten sie den Fluß, dessen jenseitiges Ufer sich noch höher erhob als das andere und in Form eines steilen Abhanges emporstieg. Es schien dies der stärkste und von Natur auch der sicherste Punkt der städtischen Befestigungen zu sein; wenigstens war der Erdbwall hier niedriger und doch war von der Weisung dahinter nichts zu sehen. Allerdings erhoben sich dafür in einiger Entfernung die starken Klostermauern. Das steile Ufer war überall mit Steppen gras bewachsen und der schmale Raum zwischen ihm und dem Flußchen war mit mannshehem Schilfrohr bedekt. Oben auf der Böschung sah man die Ueberreste eines gestochenen Zauns, der wohl früher einen Gemüsegarten umfriedet hatte; davor wuchsen Dornen mit großen breiten Blättern, aus welchen Gänsefuß, stachelige Kletten und Sonnenblumen hervorragten, die ihr Haupt stolz in die Luft streckten. Hier angelangt, zog die Tatarin ihre Schube mit den hohen Absätzen aus und ging barfuß weiter, wobei sie sorgfältig ihr Kleid emporhob, denn der Weg wurde jetzt lumpyig und feucht. Sie bahnten sich mühsam einen Pfad durch das Nadelholz, bis sie vor einem kleinen Heißig und Feldchen haltmachten. Sie entfernten das Heißig und fanden eine Art Erdbölle, deren Öffnung wenig größer als die eines Backofens war. Die Tatarin blickte sich und ging voran, Andrij folgte ihr ebenfalls so gebückt wie möglich, um mit seinen Säcken hindurchzukommen, und bald befanden sich beide in vollkommener Finsternis.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 55. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 6. Juni.

In der fortgesetzten Aussprache über

die Anträge zur Verfassungsänderung

schließt

Abg. Mauer (F.R.) das Wort zur Begründung der von seiner Kommission eingebrachten Anträge; darin wird die Regierung ersucht, den Landständen einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Revision der Verfassung vorzieht unter Zugrundelegung der folgenden Gesichtspunkte: 1. Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Zweiten Kammer, 2. Wiederherstellung der §§ 60 und 61 der Verfassung in ihrem Wortlaut vor der Verfassungsrevision vom 24. August 1904, 3. Einführung einer Bestimmung in die Verfassung, wonach ein Gesetz, das in zwei aufeinanderfolgenden Landtagssitzungen eine Mehrheit der Zweiten Kammer von zwei Dritteln der Abstimmenden gefunden hat, der Zustimmung der Ersten Kammer nicht mehr bedarf. Der weitere Antrag betrifft das Frauenstimmrecht. Durch einen Gesetzentwurf soll die Frau unter den gleichen Bedingungen, wie die Männer das aktive und passive Wahlrecht in Staat und Gemeinden und zu den bestehenden Berufsvertretungen (Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern) eingeräumt werden. — Gegen eine Verächtlichmachung der Ersten Kammer bestehen auch in unseren Reihen erhebliche Bedenken, da dadurch eine solche auch der Zweiten Kammer nötig würde. Das ist bei der heutigen Zahl von 73 Abgeordneten nicht wünschenswert. Gegen ein stellvertretendes Recht der derzeitigen Mitglieder der evangelischen und katholischen Kirche in der Ersten Kammer ist nichts einzuwenden. Die von dem Abg. Rebmann beantragte Ercheinung, daß sich bedeutende Männer der Wissenschaft, des Handels usw. vom politischen Leben fernhalten, ist darauf zurückzuführen, daß der öffentliche politische Geist im Laufe der Jahre gesunken ist. Deshalb sollte jeder im öffentlichen Leben bestehende Politiker daran mitarbeiten, unser Volk zum politischen Bewußtsein zu erziehen. In der Frage des Frauenstimmrechts gehen wir weiter als die Nationalliberalen, wir wollen das Frauenstimmrecht nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für den Landtag. Auch die Frau muß zur Mitarbeit und Mitverantwortung im Staate herangezogen werden. In allen Fragen der Bevölkerungspolitik, der Volksernährung, des Mutterhauses, der Säuglings- und sozialen Fürsorge ist die Mitarbeit der Frau notwendig. Der Ausspruch: Die Frau gehört ins Haus, hatte seine Berechtigung in der guten alten Zeit, heute nicht mehr. Und mit Recht hat einer unserer Parteigenossen einmal gesagt: Heute heißt es nicht mehr: Das Haus ist meine Welt, sondern die Welt ist mein Haus. Der Abg. Rebmann hat gestern gesagt, das Schwert der Männer habe den Krieg für uns zum Guten gewendet. Das ist nicht richtig. Ohne die Frau hätten wir den Krieg schon längst verloren. Aber was das Frauenstimmrecht angeht, so ist es nicht nur der Sozialdemokratie nützlich, der sollte der Frau teilhaftig werden, daß ihm die Gegner der preussischen Wahlreform das Schwert anbieten. Heute lehnt auch die Regierung das Frauenstimmrecht ab, aber es kommt doch, Wollen Sie behaupten, daß die deutsche, die badische Frau geistig hinter der englischen Lady, hinter denjenigen Frauen steht, die das Frauenstimmrecht haben. Die Entscheidung darüber werden Sie später bei der Abstimmung über unseren Antrag abzugeben haben.

Abg. Marum (Soz.):

Wir haben die Hoffnung und die Gewißheit, daß in einer nicht allzufernen Zeit sich eine verfassungsmäßige Mehrheit für unsere Forderungen finden wird. Die Zeit arbeitet für uns. Was der Abg. Mauer über

das Frauenwahlrecht

sagt hat, kann ich wörtlich wiederholen. Man gebe den Frauen das Wahlrecht und sie werden mit vollem Interesse an dem Staatsleben teilnehmen. Das gegen das Frauenwahlrecht vorgebrachte Argument, die Frauen würden dadurch dem Hause entzogen, ist nicht stichhaltig, denn die Frau ist schon längst dem Hause entzogen, und zwar durch den wirtschaftlichen Kampf, in dem die Frau von Jahr zu Jahr mehr hineingezogen wurde. Aber auch diejenige Frau, die noch im Hause tätig ist und die nicht im wirtschaftlichen Leben steht, wird dem Hause durch das Wahlrecht nicht entzogen, denn auch der Mann, der schon längst das Wahlrecht besitzt, ist seinem Beruf nicht entfremdet worden. Sehr eigenartig hat uns berichtet, daß der Herr Staatsminister im Ausführenden Rat die Frage des Frauenwahlrechts im Zusammenhang brachte mit einem wünschenswerten Anwachsen der Sozialdemokratie. Das war ein Mißverständnis in der Zeit vor dem Kriege. Wir glauben, daß das Frauenwahlrecht der Rechte ein Vorteil sein wird. Aber von dem Gesichtspunkt der Stärkung dieser oder jener Partei aus lassen wir diese Frage nicht betrachten. Die Gegnerin gegen das Frauenwahlrecht hat sich von Jahr zu Jahr vermindert und wird werden es wohl noch erleben, daß hier im Hause Frauen stehen und sitzen. Wir werden nicht schlecht dabei fahren.

Und nun zu den Anträgen über das

Verhältniswahlverfahren.

Auf jeden Fall ist das Verhältniswahlverfahren gerechter als das gegenwärtig bestehende Mehrheitsverfahren. Das Zentrum hat sich rüchertig konzentriert; es will den Proporz nur für die großen Städte, nicht für das ganze Land. Darauf gehen wir nicht ein. Das Zentrum sagt dabei, das nicht uns und schadet dem andern. Aber früher hörte man das Zentrum anders sprechen. Damals war es rüchertig für den Proporz. Nun ist nach von den Wahlbündnissen gesprochen worden, und sie wurden als unmoralisch bezeichnet. Nun, unmoralisch sind sie erst, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben. Wahlbündnisse werden auch in zukünftigen Zeiten kommen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie einmal mit ihnen (zum Zentrum) zusammengehen, wenn sie sich gebessert haben. (Geheul.) Es handelt sich eben darum, daß ein gemeinsamer Boden für ein solches Bündnis gefunden wird. Auch der Wahlbündnis ist nicht für ewige Zeiten gefundigt. Alle Wahlbündnisse hängen von der Zukunft ab. Was die Anträge der Ersten Kammer angeht, so erklären wir nochmals, daß wir die Erste Kammer für überflüssig halten. Wir wollen den Staatswagen bergauf fahren und brauchen dazu keine Bremse, als welche die Erste Kammer bezeichnet wurde. Die Erste Kammer hat nur Fortschritte verhindert; wir brauchen keinen Vorwand für unsere Entschlüsse. Wir haben einen entsprechenden Antrag nicht gestellt, weil er doch keine Mehrheit gefunden hätte. Das Nennen nach Vertretungen in der Ersten Kammer durch die Ärzte, Beamten, Anwälte usw. ist mir unverständlich. Es ist völlig unangebracht, die Entschlüsse der Ersten Kammer zu fällen. Zukünftig können wir der Zukunft von zwei Vertretervertretern in die Erste Kammer, wenn wir uns auch nicht allzuviel davon versprechen. Der heutigen Bedeutung des

Abels entspricht es nicht mehr, daß er sechs bis acht Sitze in der Ersten Kammer besitzt. Sehen wir uns diese Vertreter näher an, so bemerken wir, daß eine Reihe ihrer Wohnsitze gar nicht in Baden haben, einer sogar in Rom wohnt, der zudem nur gebrochen deutsch spricht. Wenn man zwei Arbeiter in die Erste Kammer tut, dann muß man Mannheim endlich den sechs Abgeordneten geben. Dem Vertretungsrecht des Erzbischofs und des ewigen Prälaten stimmen wir zu. Auch wenn wir den Anträgen des Ausschusses zustimmen, gehen wir von unseren Wünschen nicht ab. Die Abschaffung der Ersten Kammer, Einführung der Verhältniswahl und Frauenwahlrecht bleibt für uns bestehen.

Abg. Vansbach (N. Vag.) tritt für die Verhältniswahl in den Städten und nicht im ganzen Lande ein. Den Arbeitern könne man zwei Sitze in der Ersten Kammer einräumen; eine weitere Vertärkung sei nicht wünschenswert, ebenso nicht die Einführung des Frauenstimmrechts.

Abg. Kopf (Zentr.) bemerkt, es sei richtig, daß das Zentrum 1911 einen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl zugestimmt habe. Persönlich stehe ich diesem Wahlverfahren freundlich gegenüber als mancher meiner Kollegen. Im Jahre 1911 konnte man die Frage noch nicht übersehen, man hatte auch noch keine Erfahrungen gesammelt wie jetzt durch die Gemeindevorstände und in Württemberg. Auf dem Lande und in den kleinen Städten will man heute von der Verhältniswahl noch nichts wissen. Es ist aber auch gar keine Frage, daß wir für alle Zeiten grundsätzlich Gegner des Proporz sind im ganzen Lande.

Abg. Göl (Unabh. Soz.) spricht sich gegen jede Erweiternberechtigung der Ersten Kammer aus und tritt für das Frauenstimmrecht ein. Die Beschneidung der Rechte des Volkes hindert, daß die heimkehrenden Feldfrauen die nötige Antwort geben werden.

Staatsminister v. Rodman: Ich bedauere die Ausführungen des Redner. Seinen Ausspruch, die Volksworte seien mit Füßen getreten worden, muß ich entschieden zurückweisen. Und wenn er von einer nihilistischen Stimmung unserer Soldaten gesprochen hat, so hoffe ich, daß ihm unsere Soldaten nach ihrer Heimkehr die gebührende Antwort geben werden. Das ist höchstens die Stimmung einiger weniger, die sich zurückgesetzt fühlen und verärgert sind. Dem Gedanken der Verhältniswahl gegenüber verhält sich die Regierung nicht ablehnend. Wir erkennen an, daß sie einen Fortschritt bedeutet. Aber zurzeit kann die Regierung sich nicht zur Einführung dieses Wahlverfahrens entschließen. Ich glaube, daß, wenn ein Gesetz über die Einführung der Verhältniswahl läge, sich im Hause keine Einigung darüber ergeben würde über die Art der Ausgestaltung. Der Standpunkt der Regierung läßt jedoch nicht aus, daß der Gedanke weiter verfolgt wird. Wenn die Sozialdemokratie die Erweiternberechtigung der Ersten Kammer ablehnt, möchte sie auch die Zugleichung zweier Arbeiter ablehnen. Die Erste Kammer hat schon viel erspriehliche Arbeit geleistet; ihr Vorzug ist der, daß sie unabhängig ist von der Volksstimmung und von den Parteien und die Dinge von einer höheren Warte betrachtet. Im Geiste der neuen Zeit würde es wohl doch liegen, wenn wir weiteren Teilen unseres Volkes zu einer Stimme in der 1. Kammer verhelfen. Der Adel hat auch jetzt noch eine Bedeutung und mit Recht seine Vertretung in der Ersten Kammer. Wenn der Herr Abg. Marum von einem adeligen Kammermitglied gesagt hat, er bespreche die deutsche Sprache nicht ganz, so ist das nicht richtig.

Was nun das Frauenstimmrecht anbelangt, so hat der Redner: „Die Frau gehört ins Haus“ doch seine tiefe Bedeutung. Es entspricht nicht der Natur der Frau, daß sie an den politischen Kämpfen teilnimmt. Die vornehmste Aufgabe der Frau ist Kinder zu gebären und zu erziehen. Wir hoffen, daß die Teilnahme der Frau am wirtschaftlichen Leben nach dem Kriege wieder zurückkehrt, denn heute wird Kaubau an den Frauen getrieben. Auch ohne politisches Stimmrecht wird die Frau ihre Kinder zu Staatsbürgern erziehen, wie sie das bisher getan hat. Auch in der Küche liegt ein großer Teil des häuslichen Glücks und deshalb kann ich mir nicht denken, daß eine Frau, die am politischen Leben teilnimmt, in wünschenswertem Maße den häuslichen Verpflichtungen nachkommen kann. Ich bin übrigens der Ansicht, daß die Erörterungen nihilistisch gewesen sind und die in dieser und jener Hinsicht herbeigeführte Verhandlung als ein Fortschritt zu betrachten ist und den Weg abgibt für eine weitere gedeihliche Entwidlung.

Abg. Dr. Schöler (Zentr.): An der Front hat man andere Interessen als Frauenstimmrecht und Proporz. Ich gebe zu, wenn heute das Frauenstimmrecht eingeführt würde, dann würden wir glänzende Geschäfte machen; aber das kann in einer so wichtigen Frage bei uns keine Rolle spielen. Der Redner verbreitete sich weiterhin über das Verhältniswahlverfahren und betont nochmals die Stellung des Zentrums, die keine endgültig ablehnende sei. Was jetzt seien aber die darin gesammelten Erfahrungen derart, um sich für das Verhältniswahlverfahren im ganzen Lande nicht auszusprechen zu können. Die Einwände der Sozialdemokratie gegen die Erweiternberechtigung der Ersten Kammer müsse man zurückweisen. Wo so vieles Alte falle, müsse man die wertvollen historischen Träger erhalten, und dazu gehöre auch der Adel. Deshalb wolle man auf ihn in der Ersten Kammer nicht verzichten.

Hier wird um 1 Uhr die Beratung abgebrochen und die Fortsetzung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juni.

Am Bundesratsitz: v. Bayer, Wallraf, Dr. Le

wald, v. Radowik.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.40 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Präsidenten.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe im Auftrage des Vorkommens auszusprechen vorzuschlagen, die Wahl des Präsidenten auszusprechen und zwar im Hinblick auf eine Neuregelung der Vizepräsidentenfrage. Noch heute wird von der Mehrheit des Reichstages ein Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Ich werde vorschlagen, diesen Antrag der verstärkten Geschäftsordnungskommission zu überreichen, so daß die Wahl erst stattfinden wird, nachdem der Bericht der Kommission vorliegt. Es erhebt sich kein Widerspruch. Die Wahl des Präsidenten wird bis dahin ausgesetzt. (Bevegung.)

Die Aussprache über

Belagerungszustand und Zensur

wird fortgesetzt.

Kapitän zur See von Ob: Die Auffassung des Abg. Gotthein über Zensurmaßnahmen der Marine bei einer seiner Artikel ist irria. Es liegen keinerlei persönliche Momente vor. Es handelt

sich um die Wahrung militärischer Interessen. An sich liegt der Marine mehr daran, die Soldaten immer wieder zu beleuchten. Nebenbei liegen die Dinge bei den Artikeln des Kapitän Perlius.

Abg. Herzfeld (U. Soz.): Nach unserer Ansicht besteht der Belagerungszustand verfassungsgemäß zu Unrecht. Einen vom Feinde bedrohten Landes ein Deutschland gibt es nicht. Ueber die Zukunft Ost-Lothringens darf selbst im ost-Lothringischen Landtag nicht gesprochen werden. Wir, die einzigen, die ernsthaft den Kampf mit der bei uns herrschenden Militärdiktatur aufnehmen, sind nicht in der Lage, außerhalb des Reichstages unser verfassungsmäßiges Recht auszuüben. Wir ist es nicht möglich gewesen, in meinem Wahlkreis zu reden. Eine Begründung des Verbotes ist mir nicht zugegangen. Die Statistik des Generals von Werberg stimmt nicht. Mehr als 99 Verammlungen sind meiner Partei allein verboten worden. Abg. Abrecht ruft: Die ganze Statistik ist Schwindel! Vizepräsident Dr. Dove rügt solche Zurufe, sonst müßte er Ordnungsrufe erteilen. Das Spielwesen wird von den Behörden großzügig. Sich widersprechende kommen in den Schützengaben. (Pfeife.) Das Stellvertretende Generalkommando in Münster hat eine Broschüre zur Verteilung in Arbeiterkreisen herausgegeben und dazu die Vermittlung sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamten und Redakteure zu genommen versucht. Diese wurden zu Arbeiterverrätern. (Große Anrufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Rose ruft: Hanswurst! zu den unabhängigen Sozialdemokraten. Sollen wir uns das bieten lassen, daß sich ein Kerl uns beschimpft! Vizepräsident Dove bittet, bei der Sache zu bleiben und nicht zu einer allgemeinen Polemik überzugehen.) Das Wort vom August 1914 muß heißen: Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Deutschland! Ich kenne eine Partei, die außerhalb der Geleise gestellt ist, die unabhängige Sozialdemokratie. Unsere Rechtslosigkeit und Unterdrückung ist größer als zur Zeit des Sozialistengesetzes. Uns gehört aber die Zukunft.

Abg. Berner-Grehan (D. Fr.): Wenn Abg. Gotthein sich darüber beschwert, daß die albenische Presse bei der Papierzuweisung bevorzugt wird, so weise ich darauf hin, daß die Provinzpresse geradezu Not leidet, während das „Berliner Tageblatt“ für die banalsten Dinge und Anzeigen Verführung übt.

Abg. Bostvich (Pole): Die stellvertretenden Generalkommandos mit ihren unbeschränkten Radikalfreigabebefugnissen mischen sich in alles ein, selbst in unsere Nationalitätenfragen und zwar auf Drängen des Ostmarkenvereins. Den politischen Berufsvereinen ist es nicht möglich, Verammlungen abzuhalten.

Abg. Herzfeld (Soz.): Ich will dem Beispiel des Abg. Dr. Herzfeld nicht folgen und die Reichstagstribüne nicht mit den Beschimpfungen anderer Parteien herabwürdigen. Seine Darstellung über die Broschüre des Generalkommandos in Münster war völlig falsch. Ich brauche die verschiedenen Arbeiterführer vor einem Mann wie Herzfeld nicht in Schutz nehmen. (Lebhaftes Gebrüll links.) Wir fordern grundsätzlich Abkehr von dem System der Militärdiktatur. Die Veröffentlichungen des Guts-templar-Ordens unter Zensur zu stellen, ist ein Kunststück sonderlichen. Es muß alles beseitigt werden, was den Siegeswillen und die Opferfreudigkeit des Volkes schmälert. Wir verlangen ein möglichst großes Maß von Freiheit, weil wir eine staatsrechtlich tendente Politik treiben.

Abg. Müller-Meinigen (F. Vp.): Niemand hat es gewagt, den Belagerungszustand und die Zensur zu verteidigen. Nur der konservative Redner hat eine Forderung gestellt können. Das Abwachen des Interesses an den Debatten liegt daran, daß ein Erfolg nicht zu sehen ist. Die kommandierenden Generale pfeifen auf die Geleise, namentlich auf das Vereins- und Verammlungsrecht. Was wir beklagen, ist das einseitige Eingreifen des Militärs in die innere Politik zugunsten der Konservativen und der Vaterlandspartei, die nichts anderes ist, als eine Wahlhülfe für die Konservativen. Die Zensur verfallt häufig der Lächerlichkeit. Das Volk braucht Vertrauen. Mögen diese Debatten hier durch Beseitigung der politischen Zensur endlich aufhören.

Staatssekretär Wallraf: Ich habe es stets tief bedauert, daß der Krieg ein Eingreifen in die Freiheiten immer noch nötig macht. Dr. Herzfeld bezeichnet die Zensur als einen Ausbruch des Militarismus. Wie steht es da mit England und Amerika? Nirgendes aber wird so rüchertiglos vorgegangen wie bei den Volkswissenschaften. Das muß die „Leipziger Volkszeitung“ selbst zugeben. Bei der Wiedergabe von Verhandlungen hat sich die Presse mit ihren Anmerkungen möglicher Zurückhaltung zu befleißigen, vor allen Dingen Rücksicht auf die monarchischen Gefühle anderer zu nehmen. Hoffen wir, daß wir zu einer Einigung kommen und die Verhältnisse so gestalten, wie es die Lage des Vaterlandes zuläßt.

Oberleutnant van dem Berg gibt eine Darstellung über die Möglichkeiten der Beschwerden über die Zensurbehörden. Die Behandlung persönlicher Angelegenheiten sei nicht zensurpflichtig.

Abg. Haase (U. Soz.): Das mangelhafte Interesse an dieser Debatte ist auf die Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht des Reichstages zurückzuführen. Nur die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur können da helfen. Wollt alle meine Parteifreunde unterliegen der offenen oder der geheimen Pressekontrolle. Diese ist noch weit gefährlicher, als der noch immer mit einem Mantel des Rechts umgebene Belagerungszustand.

General v. Werberg: Wenn bemängelt wird, daß den aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrten vaterländischer Unterricht erteilt wird, so würden wir unsere Pflicht veräumen, wenn wir dies in Unterricht nicht erteilen, zumal die Zurückgekehrten vier Jahre unter russischem Einfluß gestanden haben.

Damit schließt die Aussprache. Hierauf wird die Entscheidung des Ausschusses über Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung angenommen.

Zur Präsidentenwahl.

Berlin, 6. Juni. (W.V. Nicht amtlich.) Im Reichstags wurde folgender Antrag von den fortschrittlichen, nationalliberalen, sozialdemokratischen und Zentrumsgesandten eingebracht:

1. Die Geschäftsordnung für den Reichstag dahin abzuändern:
 - § 9 Absatz 2 und § 13 Absatz 2 erhalten folgende Fassung: § 9 Absatz 2: Die Wahlen des Präsidenten und jodam der drei Vizepräsidenten erfolgen je in einer besonderen Wahlhandlung durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit.
 - § 13 Absatz 2: Der Präsident vereint mit dem Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorhinein.
 2. Auf Grund des vorstehenden § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu den zwei im Amte befindlichen Vizepräsidenten einen weiteren Vizepräsidenten hinzuzuwählen.
- Der Antrag wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Berlin, 6. Juni. Die Mehrheit des Reichstages wird, wie die „Germania“ erklärt, sich dahin einigen, daß drei Vizepräsidenten gewählt werden und zwar ohne Rangordnung und mit gleichen Rechten. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten Paasche und Dobe würden in ihren Ämtern bleiben, während die Sozialdemokraten, die einen berechtigten Anspruch auf einen Vizepräsidentenposten haben, hierfür den Abgeordneten Scheidemann präferieren würden.

Wie das „Berl. Tagebl.“ annimmt, wird die Beschlußfassung am Beginn der Sitzung am 8. Juni stattfinden. Eine aus der Initiative des Zentrums erfolgende Anfrage an die konservative Fraktion, ob auch sie im Präsidium vertreten sein wolle, wurde von der nationalliberalen Partei unterstützt, von der konservativen Partei aber abgelehnt.

Frühjahrsprämie und Gemüse- und Obstpreise. Im Ernährungsausschuß des Reichstages erklärte der Unterstaatssekretär Dr. Müller, daß die Frühjahrsprämien auch in diesem Jahre beibehalten werden würden. Die Obstpreise und Gemüsepreise werden dagegen im Vergleich mit dem Vorjahre teilweise erhöht werden müssen, weil die Erzeugungskosten und die Unkosten des Handels gestiegen seien. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst habe aber vorläufig nur die Höchstpreise festgesetzt. Höchstpreise sollen erst dann festgesetzt werden, wenn der Ausfall der Ernte sich übersehen läßt.

Die Fleischversorgung. Der Ernährungsausschuß des Reichstages beschloß am Mittwoch die Frage der scharfen Eingriffe in die Viehbestände. Der Leiter der Reichsstelle gab eingehende Mitteilungen über die Ablieferungspläne der Einzelstaaten und über die Maßnahmen zur Förderung der Schweinemast. Bei der jetzigen Fleischration kann der Rindviehbestand kaum durchgehalten werden ohne eine starke Gefährdung der Milchversorgung.

*** Die Stempelsteuer.**

Berlin, 5. Juni. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte bei der Beratung der Änderung des Reichsstempelgesetzes Staatssekretär Graf Rüdern, daß das ganze Gebiet der sogenannten Vorkriegssteuer bisher nur 125 Millionen ertrage. Eine Erhöhung um 200 Millionen Mark kann im Verhältnis zu anderen Steuergebieten nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden. Was eine Erhöhung des Umsatzstempels für Aktien auf drei pro Mille anlangt, so ist es zweifelhaft, ob die Erhöhung den erwarteten Ertrag bringen wird. Es wird nichts schaden, wenn die augenblickliche Ausdehnung der Spekulation an der Börse durch den hohen Umsatzstempel eingedämmt wird. Eine Erhöhung der Provision der Banken auf 2 1/2 pro Mille von dem ausmachenden Betrag ist ohne Widerspruch des Publikums aufgenommen worden. Der Reichsbankpräsident Hagenstein erklärte, er habe aus der Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß bei allen Seiten gewisse Bedenken bestehen gegen den Satz von 3 pro Mille. Wir brauchen eine geschäftskräftige und tätige Börse und die kann allerdings durch den Satz getroffen werden. Wir stehen aber vor einer besonders wilden Spekulation als Kriegsentwöhnung. Kriegsgewinnler und andere Kreise wirken mit, um der Spekulationslust zu fröhnen. Man wird ihnen nicht belohnen, solange es nicht möglich ist, sie durch starke Kriegsabgaben zu kassen. Für gesunde Beten würde der vorgeschlagene Satz nicht helfen, wohl aber jetzt als Mittel im Kriege, um die Spekulationslust einigermaßen einzudämmen.

Herr v. Oldenburg.

Auf der Landesversammlung des „Bundes der Landwirte für das Königreich Sachsen“ hat auch wieder einmal Herr von Oldenburg-Januschau sein bekanntes Mundwerk in Bewegung gesetzt. Vor ihm sprach der konservative Abgeordnete Mallekewitz, der schon reichlich scharfe Töne anlässlich, namentlich gegen die Verständigungsrede im bürgerlichen Lager, die er geschmackvoll als die „Bühler der Sozialdemokratie“ bezeichnete. Der Januschaer ging natürlich noch ganz anders heran. Er sagte u. a.: „Er könne sich nun einmal nicht darüber freuen, daß bei uns seit acht Jahren vor der Sozialdemokratie zurückgewichen werde. Er kenne nicht mit, auch wenn die Sozialdemokratie mit der Revolution drohe. Er fürchte sich nicht vor der Revolution.“

Herr von Oldenburg ging dann noch weiter auf die inneren Verhältnisse in Deutschland ein, die er als „wenig erfreulich“ erklärte; dann fuhr er fort:

„Der alte Vers: „Gleich hinter Meihen, pfui Deibel, da kommt Preußen!“ hat seine Geltung verloren. Ich wünsche aber, daß die Zustände in Preußen nicht so werden, daß sie eine Gefahr darstellen, auch für Sie in Sachsen. Wir sind jetzt blau-weiß angefrischen. Wenn wir uns nicht auf unser altes Preußentum besinnen, dann geht nicht nur Preußen, sondern auch das Reich in die Arnie. Wenn die Führung Preußens befristet wird, wird ein unabwehrbarer Zustand hergesteuert, der nicht bestehen kann. Im Herrenhause werden wir nicht hinter dem Berge halten, wenn die Wahlrechtsfrage an uns kommen wird. Dem Umsturz liegt vor allem daran, daß Preußen herunterkommt. Gibt man die direkten Steuern einem Parlament ohne Oberhaus, so löse jede Finanzgebarung auf. Die Sozialdemokratie geht in der Meinung, fällt auch der Herzog! von dem Purpurmantel des Kaisers Streifen um Streifen ab, ohne daß die Minister sich dagegen wehren. Diesem Sturm muß furchtlos begegnet werden.“

Aus aller Welt.

Durch den Genuß von Rattenmehl vergiftet. Eine Familie in Wattencheid hatte aus dem Saerlande etwas Mehl erhalten. Nach dem Genuß einer Suppe, die aus diesem Mehl zubereitet gewesen war, erkrankte der Familienvater, ein Bergmann, unter schweren Vergiftungserscheinungen und starb nach einigen Stunden. Es wurde jetzt festgestellt, daß das Mehl zur Vergiftung von Ratten und Mäusen bestimmt und deshalb vergiftet war. Infolge eines Versehens war es in den Besitz der Familie gelangt. Durch den Tod des Bergmanns sind sieben Kinder waisenlos geworden.

Ein bayrischer Samiertrid. In einem Personenzuge nach München saßen zwei „gefangene Franzosen“ unter Bewachung eines „Landsturmmannes“. Sie hatten einige Koffer und größere Pakete bei sich. Ein ihnen gegenüberstehender Herr bemerkte aus den Leise zum Kameraden gesagten Worten des einen Gefangenen, daß dieser gut bairisch rede. Er schloßte die Tür und verständigte unauffällig von einer Station aus die Gendarmerie. Auf der nächsten Station war diese zur Stelle und — die beiden Franzosen entpuppten sich als gute bayrische Bauern, welche die Arbeit ihrer ihnen zugewiesenen Franzosen angeordnet hatten. Ein Urtäuber hatte sich dazu hergegeben, den Bauern zu spielen. So hofften die drei Kampagne Eier, Butter, Schmalz und Geflügel unbeachtet nach München zu bringen und dort zu guten Preisen verkaufen zu können.

stand hergestellt, der nicht bestehen kann. Im Herrenhause werden wir nicht hinter dem Berge halten, wenn die Wahlrechtsfrage an uns kommen wird. Dem Umsturz liegt vor allem daran, daß Preußen herunterkommt. Gibt man die direkten Steuern einem Parlament ohne Oberhaus, so löse jede Finanzgebarung auf. Die Sozialdemokratie geht in der Meinung, fällt auch der Herzog! von dem Purpurmantel des Kaisers Streifen um Streifen ab, ohne daß die Minister sich dagegen wehren. Diesem Sturm muß furchtlos begegnet werden.“

Natürlich behagen Herrn von Oldenburg auch die Dinge in der äußeren Politik nicht. Er findet, daß auch die „viel zu wünschenswerten“ Wahlen — darüber sagt er u. a.:

„Unsere äußere Politik hat viel zu wünschen übrig gelassen. In unserem Vaterlande ist eine Verwahrlosung eingetreten, weil Bismarck immer vor den Sozialdemokraten zurückging und nicht regierte, das heißt, nicht kämpfte. Wir haben den lächerlichen Zustand, daß einzelne Personen, Erzberger, Scheidemann, regieren, daß Bayern und Württemberg regieren, Preußen und Sachsen aber haben nichts zu sagen. Graf Hertling hat gar oft geirrt, aber klüger wie seine Stellvertreter ist er immer noch, denn er hat die Bode wieder gut gemacht, die sie begangen haben. Erzberger konnte regieren, weil es Bismarck ihm gestattete. Graf Hertling aber hätte ein einfaches Mittel. Er brauchte nur die militärische Reklamation nicht zu wiederholen. Langsamem Schritt und etwas Wind unter die Nase, das könnte Erzberger nicht schaden. Dann könnte Erzberger ja versuchen, ob er mit dem englischen Generalissimo schneller zum Friedensschluß kommt als mit Lloyd George.“

An Stelle der Reichsminister will v. Oldenburg unsere zurückgebliebenen Offiziere setzen; er will also immerhin nicht selber Reichsminister werden. Die bisherigen Friedensschlüsse entsprechen nach seiner Ansicht noch immer nicht unseren Sinnen! Was aus den Baltischen Provinzen wird, das ginge den Reichstag gar nichts an. Weil Herr von Oldenburg bei den letzten Reichstagsmahl schmählich durchgefallen ist, behauptet er, der Reichstag stelle keine Vertretung des deutschen Volkes dar. Der Kaiser soll Hindenburg und Ludendorff beauftragen, den Friedensschluß im Westen zu vollziehen. Dagegen müßten Verfassungsfragen zur Klärung gestellt werden, bis alles andere erledigt sei.

Die Donat ist nicht neu. Das Interessanteste ist, wie der Junterführer immer wieder die Sehnsucht nach einer kommenden Revolution ausdrückt, mit dem Hintergedanken natürlich, alsdann die deutsche Freiheitsbewegung in einem Blutbad erstickt zu können. Er hat ja früher schon die Sehnsucht nach einem Reichskönig ausgesprochen, der auf das Volk schießen läßt!

Ausland.

Sofia, 7. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Der Ministerrat hat eine umfangreiche Liste von Luxuswaren, insgesamt 280 Warengruppen, veröffentlicht, deren Einfuhr in Bulgarien verboten ist. Der Zweck des Verbotes ist die Hebung der Saluta.

Bern, 7. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Schweiz, Dep.-Ag. Bei der Behandlung des Vermögensberichtes des Bundesrates über das Jahr 1917 im Nationalrat erklärte Bundespräsident Calander, daß der Bundesrat den Fragen der Gestaltung des künftigen Völkerrechts und der Errichtung eines Völkerbundes die größte Aufmerksamkeit schenke. Prof. Huber, sowie ein einzusetzender Sachverständigenausschuß würden die Frage prüfen. Der Redner erörterte eingehend die künftige Gestaltung des internationalen Rechts und sagte u. a., das Ziel müsse sein, in Europa eine internationale Rechtsordnung herzustellen, die diesem Erdteil gestattet, neben den anderen Kontinenten an der Weltarbeit teilzunehmen. Bei der Neuordnung des internationalen Rechts werde vor allen Dingen wichtig sein die Schaffung von Einrichtungen zur friedlichen Beilegung der internationalen Gegensätze.

Konow, 6. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Wie die Baltisch-Litauischen Mitteilungen berichten, sind die Eisenbahntrecken Rowo-Swensjanh-Dünaburg-Wilka-Molebedskno und Bobrodzie-Konstantinow für den öffentlichen privaten Personen-, Gepäc-, Express-, Güter- und Warenverkehr frei gegeben worden. Ferner ist vom 6. Juni ab für den Bezirk der Eisenbahndirektion II in Dorpat (Estland, Livland) und im Bereiche über Riga der öffentliche Verkehr freigegeben. Für die Abfertigung gelten für die besetzten Gebiete des Ostens eingeführte Gütertarife.

Aus der Partei.

Georg Plechanow.

Am 4. Juni lief von Stockholm die Nachricht ein, daß Georg Plechanow in einem finnischen Sanatorium einem Lungenleiden erlegen ist. Plechanow hat in seiner geistigen Entwicklung die tiefsten und für seine ganze Lebensrichtung entscheidenden Anregungen von Karl Marx erhalten. In einer Zeit, da der Geist Bakunins noch in den russischen Geheimbünden lebte, bekehrte er sich zum Marxismus, der grundständig mit der sozialen Theorie und Praxis der Revolutions„macher“ brach und die politischen Revolutionen in die engsten Beziehungen zu den organischen Umwälzungen der Wirtschaft brachte. Plechanow lebte vier Jahrzehnte in händiger Fühlung mit der deutschen Sozialdemokratie und zahlreiche Aufsätze von ihm erschienen in der Neuen Zeit. Als orthodoxer Marxist kreuzte er die Waffen mit den Vertretern des deutschen Revisionismus und stand fest zu der Gruppe Rautsky und Genossen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten verarbeiteten sich vielfach über die Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung, die er aber sehr eng faßte. Namentlich untersuchte er die Zusammenhänge des historischen Materialismus mit der materialistischen Philosophie des 18. Jahrhunderts.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges brach Plechanow scharf mit der deutschen Sozialdemokratie. Mit fliegenden Fahnen ging er zur Entente über, und als fanatischer Reubefehlshaber verbrannte er, was er früher angebetet hatte. Einseitig war immer ein Grundzug seiner geistigen Persönlichkeit gewesen, und diese Einseitigkeit drach im Kampfe gegen die deutsche Sozialdemokratie in erschreckender Weise hervor. Er freunde sich stark mit der bürgerlichen Regierung der französischen Republik an und vertrat

deren Sache in zahlreichen heftigen, gegen Deutschland gerichteten ungerichteten Artikeln.

Nach dem Sturz des Zarismus in Rußland stieg Plechanow zum Minister auf; doch war der Wirkungsbereich des alternden Mannes in dem revolutionären Rußland sehr begrenzt. Plechanow schloß zu den eifrigsten Kriegstreibern der neuen Regierung und zu den schroffsten Gegnern der mächtigen, die unteren Volksklassen ergreifenden russischen Friedensbewegung. Diese stellte ihn nach und nach völlig kalt. Und so ist dem Mann, dessen Leben einst rührige Tätigkeit war und dessen aufbauende Hand die russische marxistische Bewegung emporhob, als ein halb vergessener in einem finnländischen Sanatorium gestorben.

Ettlingen, 6. Juni. Sozialdem. Verein. Wir möchten die Parteigenossen nochmals auf die am morgigen Samstag, 8. Juni, abends 1/9 Uhr stattfindende Versammlung in der Brauerei Genße aufmerksam. Genosse Landtagsabg. und Gemeinderat Weber-Durlach wird über „Wirtschaftliche Maßnahmen der Gemeinden während der Kriegszeit“ sprechen. Anschließend wird ein Mitglied der neu ernannten Kommission über die Ernährungsverhältnisse Aufschluß geben. Die Aussprache soll Mittel und Wege weisen, wie eine Besserung der trostlosen Verhältnisse erreicht werden kann. Die Parteigenossen bitten wir, ihre Pflicht zu tun. Arbeiten, mitmachen in praktischer Arbeit, das ist unsere Pflicht, damit die ärgste Not der breiten Massen des werktätigen Volkes gelindert wird. Volkstreuender sowie Freunde unserer Sache sind ebenso willkommen. Wir eruchen schon im Interesse des Referenten, dem nur der Juni 10.20 Uhr zur Rückfahrt zur Verfügung steht, pünktlich zu erscheinen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Kommunalpolitik.

ph. Ettlingen, 3. Juni. Der Grund- und Hausbesitzerverein hielt kürzlich seine Generalversammlung ab. Das Thema „Mietzins“ förderte die übereinstimmende Ansicht zutage, daß man im Interesse des Durchhaltens die Mietzins nur um das durch größeren Ausgaben für den Unterhaltungsaufwand der Häuser umgängliche nötige Maß erhöhen sollte, im übrigen aber hier zu einer fortgeschrittenen Mietzinssteigerung kein Anlaß vorliege, da die Sparkasse die Hypothekenzinsen zum alten Prozentsatz befreit und auch auf Steuern und Abgaben bisher noch die früher entrichteten Beträge ruhen, so sagt der Bericht der hiesigen Zeitung. In dieser Stellungnahme des Ettlinger Grund- und Hausbesitzervereins, der hier mit einem sozialen Brunnmantel sich zeigen möchte, vergleiche man nun aber das, was sich in diesem Frühjahr hier abspielte. Hausbesitzer, die drei und vier Wohnungen vermieten, hoben zum Teil um 4,50 und 6 Mark pro Monat den Mietzins erhöht, zu 6 Proz. gerechnet, rentieren sich also jetzt die Häuser um etliche tausend Mark besser. Im Interesse des Durchhaltens der betroffenen Mieter liegt diese Maßnahme sicher nicht. Aber was kümmert das Hausbesitzer. Wir hatten in Ettlingen Fälle, in denen den Eigentümern den Mietern gesagt wurde (auf 1. April): Ihr habt einen Tag Bedenkzeit, wenn ihr nicht mehr zahlen wollt — könnt ihr ausziehen. „Nicht Vogel oder Fisch“, sagt das Sprichwort. Zu allem Jammer kommt noch, daß die Mieter nicht zuhören, wohin sie sich werden sollten. Endlich, als die Ungleichheiten anfangen, immer größeren Umfang anzunehmen, hat der Gemeinderat Maßnahmen ergriffen. Es erschien auf einmal — natürlich zu spät, wie immer — eine inoffizielle Notiz, daß jener Ettlinger ein Mietzinsengangsamt hätte — auf dem Amtsgericht, Zimmer Nr. 10.20. Dieser Einrichtung wußte aber kein Mensch etwas bis ein findiger Kopf es der Mittel- und oberen Klassen kund und zu wissen tat.

Unsere Gemeindeverwaltung hat in dieser Frage völlig versagt. Auf Grund zweier Verordnungen des Bundesrats vom 12. Dezember 1914, vom 26. Juli 1917 und der baltischen Regierung vom 29. Dezember 1914 und des einstimmigen Beschlusses der baltischen Landstände können alle Gemeinden über 5000 Einwohner Mietzinsengangsämter errichten. Die hiesige Stadtverwaltung kümmerte sich ausnehmend überhaupt nicht um diese Verordnungen. Die sozialdemokratische Fraktion stellte zwei Anträge über den Kleinstwohnungsbau und Errichtung einer Wohnungskommission. Der Bürgermeister sagte in der Sitzung, daß an einem Entwurf gearbeitet würde. Wenn aber die Gemeinden das nicht einmal tun, was die Parlamente und oberen Behörden als notwendig erachten, wer soll sich denn dann um diese Fragen kümmern? Wann soll die Gemeindeverwaltung hier ein Mietzinsengangsamt errichten?

Die Stadt hat Wohnungen erstellt, die jedoch entschieden zu teuer sind. Will man die Hausagarien etwas schätzen, indem man vermeidet, als Konkurrent aufzutreten? Oder sind Personen maßgebend, die eine Schädigung ihrer persönlichen Interessen befürchten durch diese Maßnahme der Stadtverwaltung? Die Lebensmittelversorgung ist ein bitter erster Wähler, möge man endlich Maßnahmen ergreifen, daß nicht im Wohnungswesen die gleichen Zustände einreichen. Es gilt, endlich auch an das werktätige Volk zu denken, das arbeitet und schafft sein Leben lang und Kinder großzieht für den Staat. Wer auch hier steht das Proletariat allein gegenüber festverankerter Massenverbreiter und Sklotten. Der Zusammenstoß der Armen und Entrechteten ist die Waffe im Kampfe um menschenwürdige Rechte. Verbreitung der Arbeiterpresse, Erweiterung und Vertiefung unserer Organisation, das muß unsere Lösung sein, dann braucht es von der Zukunft nicht zu bangen.

*** Baden-Baden, 5. Juni.** Die Beschaffung von Baumaterialien für die Uebergangzeit zur Friedenswirtschaft, für Gebäudeunterhaltung, wie für Neubautätigkeit, insbesondere auch zur Unterstützung der Bestrebungen zur Bereitstellung weiterer Wohnungen soll durch die Stadtgemeinde gefördert werden; namentlich ist auch daran gedacht, bei der Abrüstung freiverwendbare Baustoffe, Geräte usw. unmittelbar von der Heeresverwaltung anzulassen. Es wird ein unter Vorsitz des Stadtrats C. Müller bestehender Ausschuß gebildet mit der vorläufigen Aufgabe, den ungefähren Bedarf der nächsten Jahre zu ermitteln.

W. B. Freiburg i. B., 6. Juni. In diesem Jahre werden von 7000 Familien — mehr als ein Drittel der Gesamtzahl — ihren eigenen Garten für Gemüse und Kartoffelbau besitzen. Dank der großzügigen Bodenpolitik der Stadt wurde dieses möglich. Schon im vorigen Jahre wurde das Ertragsnis der städtischen Meingärten auf über 1 Million Mark vom Gemüseamt geschätzt. Damit gewinnt die großzügige Bodenpolitik der Stadt eine neue Bedeutung: nämlich für die Nahrungsmittelversorgung. Schon früher hatte Freiburg außerordentliche Vorteile in seiner Baupolitik, von dem großen städtischen Grundbesitz. Er betraut etwa 4400 Hektar, das heißt etwa 70 Prozent der ganzen Gemarkungsfläche. Der Wert

Nr. 130.
des Vobes
100 Wül
Die
den G
der in ei
missars ü
gen, des
1918 und
Reichskom
süddeut
Schwierig
nicht von
nach dem
des Reich
wird, jeht
müssen. W
schen Weg
Bahnper
merle und
Vertreter
hin, daß e
Reichskom
aufrecht

Der
Samstag
Die Haupt
eine durc
staltete de
Das Jahr
war kein
Nationeru
der Auffas
Der Staat
In den gro
bewegung
mit den
wir gewiss
bezüglich
gefahren.
Prozent z
10,28 Proz
mit der Br
hohe Genir
Organisatio
zu können.
Den C
Akte, daß
Gemeinden
mitteln aus
hierin der
Einwohner
dem R. B. fi
führt des
kaufen. D
hommis; e
7 bis 8. A
mitteln. Es
Zeit der Ko
wagt. Das
wertvolle
R. B. und G
des näheren
einzelne Ko
ihre Vertret
Rammheim-
ein Spelzug
Großhandel
Auffschlag
kommunales
andere Ausg
Schließlic
geren Vert
schaften. Er
wendige Ma
Ausführung
sehen, wie
wir sind ge
zu verbessern
schaft wohl a
ohne Zwang
nach Nation
Lebensmittel
wid sich bi
kommen wir
des Dingen
die Einfuhr
licher wie die
Schmalhans

Brudsal,
Gef. Nat
gestorben.
zu Ludwigsh
der Offiziers
fanterieregim
im die Leitu
des Krieges
Wannheim.

Offenbur
Gemenansah
Blüte in den
Abstände, a
Kirchen gibt
men und Wü
ten geben die
Schwering
folge Unvor
arbeiter von
jetz getödet.

des Rohens der Stadt wird einschließlich der Gebäude auf nahezu 100 Millionen Mark geschätzt.

Die Brennstoffversorgung. Vertreter fast aller süddeutschen Großstädte hielten in Augsburg eine Tagung ab, auf der in erster Linie zu der neuen Befamtmachung des Reichskommissars über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, des Gewerbes und der Landwirtschaft während des Sommers 1918 und des Winters 1918/19 Stellung genommen wurde.

Genossenschaftsbewegung.

Der Verband süddeutscher Konsumvereine hielt seinen Samstags- und Sonntag in Mannheim einen Verbandstag ab. Die Hauptberhandlung fand am Sonntag statt. Es waren 61 Vereine durch 213 Delegierte vertreten.

Den Geschäftsbericht erstattete Herr Friedrich Albert. Er sagte, daß im Verbandsbereich noch in einer ganzen Anzahl von Gemeinden die Genossenschaften bei der Verteilung von Lebensmitteln ausgeschaltet bleiben; das Bemerkenswerteste leistet sich hierin der Bezirk Schönau im Schwarzwald.

Schließlich hielt noch Herr Pöhllein-Hamburg einen längeren Vortrag über „Ubergangswirtschaft und Konsumgenossenschaften“. Er meinte: Die Ubergangswirtschaft ist eine unbedingte notwendige Maßnahme gewesen, aber mit der Art und Weise ihrer Ausführung können wir uns nicht einverstanden erklären.

Bruchsal, 5. Juni. Vor kurzem ist an einem Herzschlage Geh. Rat Stöcker, der Vorstand des Männerzuchthauses, gestorben. Er hat ein Alter von fast 66 Jahren erreicht und war zu Ludwigschafen am Bodensee geboren.

Offenburg, 5. Juni. An den Neben der Umgegend ist der Samenansatz gut. Wenn das trockene Wetter anhält, wird die Blüte in den nächsten Tagen eintreten. Weniger günstig stehen die Obstbäume, an denen die Kluppen Schäden verursacht haben.

Schwetzingen, 7. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde infolge Unvorsichtigkeit beim Ueberfahren der Gleise ein Streckenarbeiter von einem einfahrenden Personenzug überfahren und sofort getötet.

Mannheim, 6. Juni. Ein 23jähriger Kaufmann verbrachte sich infolge ehelicher Zerrwürfisse durch einen Messerüberfall zu töten. Er erlitt eine schwere Verletzung. Ein Arbeiter wurde gestern Abend auf einem Holzlagerplatz beim Abladen eines Stammes von diesem so ins Genick getroffen, daß er in jäher verletztem Zustand in das Garnisonlazarett überführt werden mußte.

Mannheim, 7. Juni. In Ludwigschafen sprang ein 14jähriger Schreinerlehrling aus einem in voller Fahrt befindlichen Posazug ab, wurde überfahren und sofort getötet.

Radolfzell, 6. Juni. In Mielasingen ist man einem großangelegten Ketten- und Sägehandel, in den verschiedene Personen verwickelt sind, auf die Spur gekommen. Eine der Hauptbeteiligten ist eine Kaufmannswitwe, bei der eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde.

Der Verkehr mit Heu. Beim Statistischen Landesamte wurde eine „Heuerforjungsstelle“ errichtet, die den Heuerforungs- und Kommunalverbänden übergeordnet ist. Die Heuerforjungsstelle hat den Heubedarf aufzubringen, den Ausgleich der Heuerforung innerhalb des Landes durchzuführen und den gesamten Heuerverkehr zu regeln.

Zureifeerlaubnis nach Elsaß-Lothringen. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Seit März ds. J. ist für alle Gebiete Elsaß-Lothringens eine Zureife-Ermächtigung erforderlich. Viele Leute wenden sich zu deren Erlangung irrthümlich an das stello. Generalkommando in Straßburg.

Gerichtszeitung.

Verhandlung Schleichhandelsgehefte. Der Metzger Christian Schäfer aus Singen, Amt Durlach, hatte von dem Maurer Hermann Wolf aus Karlsruhe und dem Maurer Jakob Wolf aus Eppingen Lederhüde angekauft und dafür seine übermäßig niedrige Preise bezahlt. Kropfem hätte er annehmen können, daß das Leder von den beiden Verkäufern nicht auf bestem Wege erworben war.

Freiburg i. B., 5. Juni. (Privattelegramm.) Die Strafkammer hatte sich heute mit dem Einbruchsdiebstahl zu beschäftigen, der vor kurzem in einem Kleiderwarengeschäft Unterlinden verübt wurde. Die beiden Angeklagten sind bereits wegen mehrfachen Diebstahls mit Zuchthaus verurteilt und hatten sich heute außer dem Genannten auch wegen schwerer Rupperei zu verantworten.

Mannheim, 5. Juni. Der 45jährige Schlosser Markus Aber aus Unterlaudenring wurde wegen Verbrechen gegen § 176 Ziffer 3 StGB. zu 4 Jahren Zuchthaus und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Agitation für Zölle auf landwirtschaftliche Produkte beginnt.

UD. Budapest, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Abgeordnetenhause. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Graf Tisza, um über die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ungarn findet in Deutschland eine finanzielle Stütze. Das zu schaffende Wirtschaftsgesetz im Bezug auf die wichtigsten ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß den Charakter eines Einflußschrittes besitzen.

gentwärtigen Teuerung müssen für die ungarische Landwirtschaft jene Schutzzölle sichergestellt werden, die uns die Sicherheit bieten, daß wir im Lande unserer Verbündeten bei rentablen Preisen weiter unsere reichen Erzeugnisse absetzen können. Diese Schutzzölle kommen auch Deutschland und Oesterreich zu gute und auch die Industrie kann sich durch Kartelle schadlos halten.

Ministerpräsident Dr. v. Bekerle begrüßte die Neuherung Tiszas, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland stehe, mit Freude. Bei wirtschaftlichen Vereinbarungen legen wir besonderes Gewicht darauf, daß unsere eigene Produktion nicht verringert werde.

Letzte Nachrichten.

Miegerangriffe auf Calais und Boulogne. Berlin, 7. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Außer zahlreichen anderen Zielen wurden die wichtigsten feindlichen Umschlagplätze Calais und Boulogne erfolgreich mit Bomben belegt.

Der erste Güterzug aus der Ukraine. Berlin, 7. Juni. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden berichtet wird, ist jetzt der erste Güterzug aus der Ukraine in Dresden eingetroffen. Er brachte 15 Wagen Speck, Getreide und Zucker.

Explosion. Berlin, 7. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. L.-A.“ aus Genf fand vorgestern Abend wieder eine Explosion in einer Kriegsmaterialwerkstätte des Pariser Vorortes St. Denis statt. Sie forderte 20 Opfer und richtete bedeutenden Sachschaden an.

Auch Luftangriffe? Amsterdam, 7. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Einem hiesigen Blatt zufolge melden „Financial Times“ in ihrer amerikanischen Börsenübersicht, daß Luftangriffe in den Vereinigten Staaten stattgefunden hätten.

Neuport, 6. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Neuterischen Büros. Es ist die Anordnung getroffen worden, daß die Küste verdundelt bleiben muß. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme sind auch die Lichtreflektoren auf dem Bradway verboten worden.

Ein Hospitalsschiff auf eine Mine gelaufen. Haag, 6. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Korrespondenzbüro. Das Hospitalsschiff „Königin Regentes“ ist auf eine Mine gelaufen. An Bord befanden sich die englischen Delegierten. Soweit bekannt geworden ist, waren keine Verwundeten oder Kriegsgefangenen an Bord.

Die Lage im neuen Rußland. Rotterdam, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Privattelegramm. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird dem „Daily News“ aus Moskau vom 29. Mai gemeldet: Im Dongebiet ist eine neue Regierung entstanden, ähnlich wie die Skuropadskis in der Ukraine.

Moskau, 5. Juni. (Nicht amtlich.) Bet. Tel.-Ag. Verfügung über die Aufhebung der Rangordnung der Diplomaten: Die föderative sozialistische russische Sowjetrepublik hält in ihren Beziehungen zu den fremden Staaten an dem Grundsatz der unbedingten Gleichheit der großen und kleinen Völker fest. Infolgedessen wurde die Abänderung des Artikels 825 und 827 des Gesandtschaftsreglements (Gesetzbuch 1. Band, 2. Teil, 5. Buch bestimmt).

1. Die Titel der Botschafter, Gesandten und anderer diplomatischen Vertreter werden aufgehoben. Alle Vertreter Rußlands, die in fremden Staaten beglaubigt sind, werden „bevollmächtigte Vertreter der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik“ genannt.

2. Zu Uebereinstimmung mit dem Grundsatz des Völkerrechts, der allen miteinander gleichstehenden Staaten gemeinsam ist, sind alle bevollmächtigte Vertreter und alle diplomatischen Agenten der fremden Staaten, die bei der föderativen sozialistischen russischen Sowjetrepublik Vertreter sind, unabhängig von ihrem Rang, ebenso als bevollmächtigte Vertreter zu betrachten.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 7. Juni.

Die goldenen Schuhe.

Es gibt ein reizendes Märchen der Brüder Grimm, das von goldenen Schuhen handelt. Es ist aber hier nicht gemeint, obwohl die Geschichte auch märchenhaft genug klingt.

Wir haben ein reizendes, kleines Töchterchen, eine rechte Esche von gartem, zierlichem Aussehen. Das Kind braucht nicht viel Stoff zu einem Kleide, noch weniger Leder zu einem Paar Schuhe. Darum wurden wir uns einig, dem Mädel neue Schuhe anzuessen zu lassen.

Der Herr Meister vom Dreißig nahm das Maß und wunderte sich über die kleinen Füße des Kindes. In einer Männer Faust finden nämlich die Schuhe unseres Töchterchens bequem Platz. Der Schuhmacher sagte uns eine Preisberechnung zu und versant in tiefes Nachdenken.

Dieses Nachdenken dauerte etwa 14 Tage. Dann hatte der Schuhmacher heraus, daß ein Paar neue Schuhe für das zweijährige Kind, Fußgröße 20 — halte dich fest, lieber Leser, damit du nicht vom Stuhl fällst! — 35 Mark kosten würden. Mit Worten: Fünfunddreißig Mark!

Wir haben unser Töchterchen sehr lieb. Der Vater ist sogar etwas eitel auf den hübschen Fraß. Doch für ein Paar Schuhe, Größe 20, 35 Mark anzulegen, übersteigt unsere Bärtlichkeit und den Umfang unseres Geldbeutels.

Aber ein volkswirtschaftliches Märchen aus dem vierten Jahr vor großen Zeit ließe sich über die Geschichte schon schreiben. In hundert Jahren werden unsere Urenten ungläubig den Stoff schüteln, wenn sie dieses Märchen lesen, das gar keines ist.

Unfall. Ein hier wohnhafter Schmied wurde gestern vormittag in der Kriegerstraße vor dem alten Bahnhofsgebäude von einem

Wagen angefahren, vom Fahrrad heruntergeworfen und am Kopf so erheblich verletzt, daß seine Aufnahme in das Neue St. Vincentiuskrankenhaus erforderlich wurde.

Taschendiebstähle wurden in den letzten Tagen auf den Märkten am Ludwigplatz sowie am Marktplatz verübt, ohne daß es bis jetzt gelang, die Täter zu ermitteln.

Verhaftet wurde ein Lehrling aus Durlach, welcher seinem Lehrherrn Waren im Werte von etwa 1000 Mk. entwendet hat.

Für die Ludendorff-Spende wurden von der Gesellschaft Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel, ihren Beamten und Arbeitern 8270.50 Mk. gestiftet.

Großh. Hoftheater. Zur diesjährigen Sommeroperette des Großh. Hoftheaters wird aus der Hoftheater-Kanzlei berichtet: Als künstlerischer Leiter ist der bekannte Operettenregisseur und Charakterkomiker, Herr Otto Hans Norden verpflichtet worden. Herr Norden kam im Jahre 1915 aus Wien, woselbst er am Raimundtheater und Theater a. d. Wien als erster Komiker und Regisseur großen Erfolg erzielte, nach München an das Hoftheater.

Seine großen Erfolge in München, die ihm in ganz kurzer Zeit zu großer Popularität verholfen, verbürgen eine künstlerische Operettenspielzeit. Diese wird am 8. Juni mit Lehar's Meisteroperette „Mastelbinder“ eröffnet. Neben Herrn Norden wird Herr Hande als Regisseur tätig sein. Die musikalische Leitung ist Herrn Schweppe und Herrn Fritsch überlassen. Die musikalischen Stadttheater in Magdeburg übertragen. Als erste Sängerinnen sind Gertrude Bree vom Zentraltheater in Dresden und Frau Dr. A. H. Mahdorf von München, als Soubretten Fr. Grete Perndt vom Karlietheater in Wien, die noch in den letzten Tagen am Operettentheater in Smyrna tätig war, ferner Fräulein Johanna Mayer und Fräulein Betti Rajchinger vom Stadttheater in Landshut angestellt. Erster Tenor ist Herr Franz Schwerdt, Tenorbuffo Herr Otto Glaser vom Johann-Straußtheater in Wien. Für das Fach der Komiker ist

noch Herr Gustav Frieje vom Stadttheater in Krefeld verpflichtet und Vertreter des Baritonfaches ist Herr Rudolf Malin, Motta von München. Das gegenüber dem vorigen Jahr zahlreichere Soloperational gewährt der künstlerischen Leitung eine größere in dem reichhaltigeren Spielplan zum Ausdruck kommende Bewegungsfreiheit.

Gr. Hoftheater. Als letzte Schauspielneuerung des laufenden Spieljahres kommt am Samstag, 8. Juni, das dreitägige Lustspiel „Meine Frau, die Hofschaupielerin“ von Alfred Müller und Lothar Sachs zum erstenmal zur Aufführung. — Frau v. Meduna wird am Sonntag, 9. Juni, als Mignon zum letztenmal in einer größeren Aufgabe auftreten.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 9. Juni, Tagesstour: Malsch, Walprechtsweiler, Eichelberg, Muggenturm. Abfahrt 8.10 Uhr Hauptbahnhof. — Am Sonntag, 16. Juni, findet unsere Kinderwanderung statt. Teilnehmende Kinder sind vorher anzumelden. 8724

Stuttgart. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Samstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Landtagsabg. und Gemeinderats Weber-Durlach in der Brauerei Gensle 8727

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1,50 Meter; Neßl 2,49 Meter, gef. 1 Zentimeter, Magau 3,87 Meter, gef. 4 Zentimeter; Mannheim 2,92 Meter, gef. 3 Zentimeter.

Berichtswortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kober, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Margarete Kellermann geb. Köhler

nach kurzer aber schwerer Krankheit Dienstag, 5. Juni, kauft verschieden ist. Karlsruhe, 6. Juni 1918. 8721

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Karl Kellermann z. Zt. im Felde und Kinder.

Die Beerdigung findet am Samstag, 8. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Walhornstraße 32, I. Stof.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme sowie die zahlreichen Blumenbeenden anlässlich des allzeitigen Bekinganges meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen wir auf diesem Wege tiefgefühlten Dank. Besonders herzlichen Dank der ehrwürdigen Schwester vom Herz-Jesu-Stift für die liebevolle Pflege und allen, welche meine liebe Frau während ihres langen Krankenlagers besuch und uns in so reichem Maße unterstützt haben. 8722

Karlsruhe-Mühlburg, den 6. Juni 1918.

Johannes Kiefer und Kinder.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Am Samstag den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, eine

Mitgliederversammlung statt.

- Tagesordnung: 1. Mitteilung der Ortsverwaltung. 2. Erhöhung der Lohnlagen und die nächste Verbesserung der Feuerungsbeihilfen. Referent: Bauleiter Bürter. 3. Filial-Angelegenheiten unter Berücksichtigung der Beitragsfrage. 4. Wünsche und Anträge. 8723

Der Vorstand.

Fröbel-Seminar des Badischen Frauenvereins.

Karlsruhe, Girischstraße 126.

Kursus für Jugendleiterinnen mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 Jahr. Aufnahmebedingungen: Staatlich anerkannte Prüfung als Kindergärtnerin und 1 Jahr prakt. Arbeit in Kindergärten, Horten und ähnlichen Anstalten.

Kursus II für Kindergärtnerinnen gleichfalls mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 1/2 Jahre. Aufnahmebedingung: 10 M. höhere Mädchenschule.

Ankunft und Prospekte: Girischstraße 126.

Geschäftsstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3-4 Uhr. 8504

Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins

Größere Anzahl saubere, fleißige

junge Mädchen

für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Gesellschaft Sinner, Grünwinkel. 8726

Clubhallen Dürrfallau

Orangeriegebäude, Hans Thomastr. (neben der Gemäldegalerie).

Täglich nachmittags kurze erläuternde

Vorträge

Geöffnet täglich von 10 bis 8 Uhr, Sonntags von 11 bis 7 Uhr. 8730

Eintritt 30 Pfg.

Städtisch. Wohnungsnachweis.

Wohnungsuchende, welche keine Wohnung finden können und Hauseigentümer, welche Leerwohnungen oder freizulassende Wohnungen zu vermieten haben, werden aufgefordert, sich alsbald mündlich oder schriftlich beim städt. Wohnungsnachweis, Bürgerstr. Nr. 100, Erdgeschoss, Arbeitsamt, zu melden. 8728

Karlsruhe, den 6. Juni 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Zum sofortigen Eintritt wird eine größere Anzahl

Frauen u. Mädchen

gesucht. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen. 8731

Zu melden beim Portier.

Bad. Lebensmittelfabrik Louis L. Stern & Cie. Bannwaldallee 1 und 2.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert 8652

Gehirn-Reparaturanstalt Körnerstr. 39, im Hof. Telefon 1421

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse. Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 7-1 Uhr, nachm. 3-8 1/2 Uhr, Samstags abends bis 9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen.

Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2135

Bekanntmachung.

Im Umbezirk des städt. Balneumesters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrenlose Hunde: 1. Foxterrier, männl. 2. Dachshund, männl. 3. Schnauzer, männl.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen vom Eigentümer abgeholt sind getötet. 8729

Karlsruhe, 6. Juni 1918. Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Abgängige Tiere

aller Art kauft Städtisches Gartenamt Karlsruhe. 8181

Druckfachen fertig am

Vollständiger Volksfreund.

Achtung!

mit Rollen und Nadeln werden durch Selbsthilfe und geliebten Leuten gut und billig ausgeführt. Näheres Adam Werle, Gölzstr. 21, 4. St.

Fussball.

Sonntag, den 9. Juni 1918

Spielplatz Beierthaim:

Germania Durlach I u. II gegen

F.-V. Beierthaim I u. II

Spielplatz in Mühlburg:

Phönix I u. II gegen

F.-C. Mühlburg I u. II

Spielplatz in Berghausen:

Germania Grötzingen I u. II gegen

F.-C. Grötzingen I u. II

Beginn 4 Uhr bzw. 1/2 8 Uhr.

Eine Partie

Trische und

Dauerbräuden

sowie mehrere

Kafernen-Cafen

und Einhäufel

preiswert zu verkaufen.

Eruft Marg,

Luisenstraße 58,

Telefon 3086. 3683

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig,

werden hier gekauft in 3599

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft,

Kronenstr. 52.

Haarspangen

werden zur Reparatur ange-

nommen 3440

Seifenhaus Wenz

Kaiserstraße 211.

Mandolinen, Gitarren,

Zithern, Ziehharmonikas,

lauf. 8619

An- u. Verkaufsgeschäft

Levy, geschäftl.,

Markgrafenstraße 22.

Schneider-Gesuch.

Großhändler für

sofort gesucht, event. auch

auf Verzicht. 8716

P. Bang

Hofschneider

Maassenstraße 89.

Tüchtige

8732

Schneiderinnen

sofort gesucht.

Burstin, Kaiser-

straße 111.

Parteiliteratur

Buchhdlg. Volksfreund

Luisenstraße 24.

Ein... der Deut... Am Anfa... 42-3en... des stärk... greifbare... rauchung... waffe, ... so hervor... jezt von... war das... lichen Bef... Entente a... Ingenieur... eines U-Bo... werden la... verwendet... das wei... nsten eine... die etwa d... kommt. A... in Erstaun... struktion... und viele... los an der... und für ih... gaben ist... Ob es ihne... Als ne... II. Boote... Küste hin... Kampf-U-Bo... werden für... unsemern... gerätartig... Triumphe... daß Deutsc... auf allen G... heit mag f... schenhum i... gerade die... Nun w... nischen Kl... zeichnet. A... greifen Lern... nahme gege... werden. A... meer hat... Ur als ein... Amerikaner... Barbara... an Kriege... konnte ihne... Der v... Berli... rhafter de... des „B. L... Schwinde... ers“, „G... der Neup... „Gloy“, d... vollen Man... Reuport be... grüfte T... stotte. Der... ein drahtlo... jahresfreie... deutschen U... gelöst und... Opfer gefall... Berlin... reponenz... Rundschau“... Küste und... gestern Nach... schen Schein... von Waffe... Popen. Die... und Verteidig... U-Boote gebi... von Reuport... Der ant... breitet die... ende an der